

Finanzplanbeschluss

hier: Beschluss über den Antrag eines geregelten Übergangs städtischer Schulen auf den Freistaat

Beschluss des Stadtrates

vom 24.03.2004

- öffentlich –

- einstimmig beschlossen -

- I. Die sich immer weiter verschärfende Haushaltskrise und die seit Jahren völlig unzureichenden Schulfinanzierungsbedingungen (Lehrpersonalzuschüsse, Gastschulbeiträge, Fahrtkostenerstattungen, Ganztagsangebote, Mittagsbetreuung, PC-Ausstattung etc.) führen zu einer Erkenntnis, an der kein Weg mehr vorbeiführt: Die Stadt Nürnberg kann sich ihr Schulwesen nicht mehr leisten.

Viele Angebote, die die kommunalen Schulen besonders attraktiv machen, mussten bereits eingeschränkt werden. Wir werden die finanziellen Ressourcen verstärkt auf unsere Funktion als Sachaufwandsträger konzentrieren müssen.

Ein Übergang städtischer Schulen auf den Freistaat Bayern, aus dessen föderaler Kultushoheit sich die Landeszuständigkeit für Schulen ableitet, kann nur einvernehmlich und sukzessive erfolgen. Von plakativen Aktionen wie Schulschließungen wird daher Abstand genommen, vielmehr müssen die Schulen, solange wir sie haben, in einem ordentlichen Zustand gehalten werden. Ein gutes Schulklima und eine hervorragende Unterrichtsqualität sind uns weiterhin wichtig.

Wären wir „lediglich“ Sachaufwandsträger, wäre der Haushalt um jährlich 44 Mio. € entlastet.

Je höher die Entlastung im Bereich der Schulträgerschaft ist, desto besser kann die Stadt ihren Auftrag als Sachaufwandsträger erfüllen. „Sachaufwand“ hat längst auch eine pädagogische Dimension.

Deshalb fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Nürnberg beantragt, städtische Schulen sukzessive in die Trägerschaft des Freistaates Bayern zu überführen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, in Verhandlungen über einen geregelten schrittweisen Übergang einzutreten. Dazu ist dem Freistaat jetzt schon weitestgehend entgegenzukommen (Beteiligung bei der Personalauswahl).

3. Die Stadt ist bereit, befristet 1/3 der jeweils eingesparten Mittel für eine „qualitätsorientierte Sachaufwandsträgerschaft“ einzusetzen, mit folgenden Schwerpunkten:
Bereitstellung einer ausreichenden Zahl moderner und funktionaler Schulräume, auch für Mittags- und Ganztagsbetreuung
Modernisierung im Schulraumbestand
Ergänzung und Modernisierung der Ausstattung
4. Die Stadt ist bereit, dauerhaft 10% der eingesparten Mittel für pädagogische Zusatzangebote auszugeben, z.B.:
qualifizierte Ganztags- und Mittagsbetreuung
Sozialarbeit an der Schule
städtischer Beitrag zum Hauptschulkonzept
Beratung, Lehrerfortbildung und pädagogische Schulentwicklung

II. Ref.II
Ref. IV

Der Vorsitzende:	Der Referent:	Der Referent:	Die Schriftführerin:
(Dr Maly) Oberbürgermeister	(Köhler) Stadtkämmerer	(Dr. Wolz) Schulreferent	

Abdruck an:

- a) Ref. I
- b) Ref. I/II-Stabstelle VR
- c) Rpr
- d) BgA
- e) OrgA
- f) PA
- g) GPR
- h) Stk